A8 Geschichte aufarbeiten, aufmachen zu einer postkolonialen Gesellschaft

Antragsteller*in: Laura Neugebauer, Jana Brix
Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

Exponate einer mit einer ungeklärten Herkunft werden in einem nachgebauten Preußen-Schloss ausgestellt. Hunderte menschliche Überreste, die während des Kolonialismus zu Forschungszwecken nach Deutschland verschleppt wurden, befinden sich heute noch in Berlin. Die deutsche Kolonialgeschichte ist noch nicht mal ansatzweise ausreichend aufgearbeitet. Dieses Defizit muss aufgearbeitet werden! Die Dekolonialisierungsprozesse in Kultur, Bildung und im öffentlichen Raum müssen massiv voran getrieben werden.

Deshalb fordern wir einerseits, dass die Museen und Sammlungen, in denen sich geraubte Objekte befinden, Verantwortung zu übernehmen und die Provenienzforschung in ihren Häusern voranzutreiben. Außerdem setzen wir uns für eine Provenienzforschung durch das Land Berlin ein, die von Kultureinrichtungen unabhängig ist. Der Dialog mit den Nachfahren der Schöpfer*innen und rechtmäßigen Eigentümer*innen muss aufgenommen werden, um ein Konzept für den Verbleib und Zugang zu Beutekunst und kolonialer Raubkunst zu erarbeiten. Wir brauchen einen regen Austausch aller Beteiligten. Die Ergebnisse der Provenienzforschung sollen fortlaufend mehrsprachig veröffentlicht werden. Für menschliche Überreste fordern wir ein Sofortprogramm zur Provenienzforschung. Es muss alles getan werden, damit diese menschlichen Überreste so schnell wie möglich auf respektvollem Weg an ihre Nachfahren übergeben werden können.

Die nur langsam vorankommende Aufarbeitung führt auch zu einer gering ausgeprägten Gedenkkultur. Berlin braucht ein zentrales Mahnmal und ein zentrales Gedenken, in Form von Veranstaltungen und Kundgebungen, vor allem zum Abschluss der Afrika-Konferenz und zum Internationalen Tag zur Erinnerung an die transatlantische Versklavung und deren Abschaffung. Bei der Aufarbeitung im öffentlichen Raum gehört aber auch dazu, dass die Voraussetzungen für die Umbenennung von Straßen, die kolonialistisches Gedankengut ehren, geschaffen werden. Hierzu gehört, dass diskriminierende Sprache als Umbenennungsgrund aufgenommen wird, aber auch das es feste Rahmenbedingungen für Umbenennungen gibt, die den Ablauf sowie die Beteiligung von Öffentlichkeit und Betroffenen regeln.

Deutschland war eine der brutalsten Kolonialmächte. Diese Vergangenheit darf nicht länger in deutschen Schulen geleugnet werden. Deshalb müssen der deutsche Kolonialismus und seine Folgen als Pflichtmodule in den Lehrplan. Neue und vor allem die Perspektiven Schwarzer Menschen und People of Color müssen in die Geschichtsbücher der Schüler*innen Berlins. Verankerung darf aber nicht nur auf der Schulebene stattfinden, Kolonialismus muss auch in Berlins Hochschulen fest institutionell verankert sein. Dabei sollen die Geschichte des deutschen Kolonialismus, seine Kontinuitäten sowie die Geschichte und Perspektiven Schwarzer Menschen in Deutschland thematisiert werden. Wir wollen das Bewusstsein für Rassismus stärken und unterstützen daher die Etablierung des Studiengangs Intersektionale Black Studies.